

Ist die Stimmung wirklich so gut?

In der jährlichen Erhebung des Arbeitgeberverbandes bewerten nur neun Prozent der Unternehmen die Lage als schlecht. Doch sehr wahrscheinlich trügt das Ergebnis.

Henning Wandel

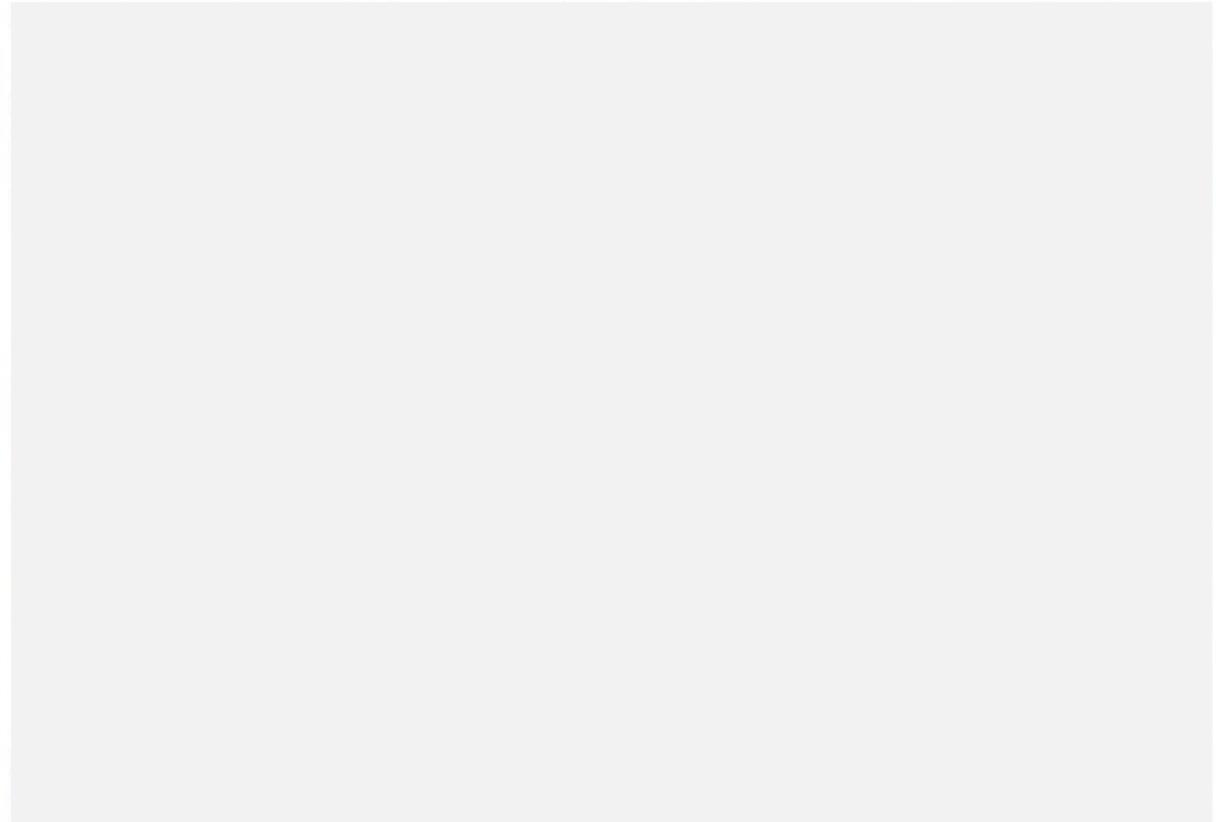
Minden. Das Urteil zur aktuellen Geschäftslage der Unternehmen in Minden-Lübbecke ist selbst für den Vorstand des Arbeitgeberverbandes (AGV) eine Überraschung. Nicht einmal jeder zehnte Betrieb machte bei der jährlichen Befragung das Kreuz bei „schlecht“, etwa ein Drittel bewertete die Lage Ende des vergangenen Jahres sogar als gut. Der große Rest spricht immer noch von „befriedigend“. Das Ergebnis steht damit im deutlichen Widerspruch zur ansonsten wahrgenommenen gesellschaftlichen Gefühlslage.

Dem Maschinenbau etwa gehe es derzeit sehr schlecht, sagt der AGV-Vorsitzende Robert Falch, der mit Minden genau in diesem Bereich unterwegs ist. Und auch seine Vorstandskollegen Henrik Follmann und Patrick Jacob erleben in ihren Branchen eher schwierigere Zeiten. Das Chemie-Unternehmen Follmann leidet unter hohen Energiekosten und bürokratischen Hürden, der Rohrleitungsproduzent Jacob Söhne unter der Flaute am Bau. Entsprechend schlecht ist der Ausblick: Ein Drittel erwartet 2024 ein Verschlechterung, nur zwölf Prozent einen Aufschwung.

Zur positiven Einschätzung der Geschäftslage gibt es daher nur Erklärungsversuche. So haben von den 164 im Verband organisierten Unternehmen zwar 74 und damit rund die Hälfte teilgenommen, allerdings ist die Gruppe sehr heterogen. Große Firmen sind genauso Mitglied wie Handwerker oder Ärzte – und in der Befragung zählt jede Stimme gleich. Eine Gewichtung nach der Zahl der Mitarbeiter, wie sie etwa die Industrie- und Handelskammer in ihren Konjunkturumfragen macht, gibt es nicht.



Herausfordernde Zeiten: Robert Falch (von links), Patrick Jacob, Dr. Henrik Follmann, Sönke Schlüter und André Fechner präsentieren die Konjunkturumfrage des Arbeitgeberverbandes.
MT-Foto: Henning Wandel



Die Ausbildung von ausreichend Fachkräften ist nur eine der vielen Herausforderungen, mit denen sich Wirtschaftsunternehmen konfrontiert sehen.

Eine andere Erklärung könnte im Vergleich zur Umfrage vom letzten Jahr verborgen liegen. Damals waren die Aussichten für 2023 ausgesprochen düster. Eventuell waren die Ergebnisse schlecht, aber nicht ganz so schlimm wie befürchtet. „Alle haben sehr konservativ geplant, da fällt es leichter, von einem be-

friedigenden Jahr zu sprechen“, sagt Sönke Schlüter, geschäftsführender Gesellschafter bei Lehmann Locks und Gastgeber der Gesprächsrunde zur Präsentation der Umfrageergebnisse. Oder ist es vielleicht doch ein Funken Zuversicht, wie AGV-Geschäftsführer André Fechner in die Runde wirft?

Neben der allgemeinen Lage legte der AGV in diesem Jahr einen besonderen Schwerpunkt auf die Ausbildung. In der Auswertung zeigt sich deutlich, dass die enorme Bedeutung des Themas bei allen Unternehmen angekommen zu sein scheint. Jedes fünfte hat demnach zusätzliche Plätze geschaffen, 15 Prozent planen auch für 2024 einen weiteren Aufbau. Ein Rückgang an Ausbildungsplätzen ist hingegen nur bei acht beziehungsweise fünf Prozent ein Thema.

Doch auch hier deuten sich zunehmend Probleme an. Mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen geben an, vom Azubi-Mangel betroffen zu sein. Wichtigster Grund ist demnach eine fehlende Berufsorientierung, dicht gefolgt von mangelnder Qualifikation der Bewerber. Hier sieht die Wirtschaft auch die Politik in der Pflicht. Eine Bessere Ausstattung der Schulen steht ebenso auf dem

Wunschzettel wie eine Aufwertung des Leistungsprinzips. „Das ist das A und O“, sagt Robert Falch.

Auf eine grundsätzliche Kritik an der Leistungsbereitschaft der jungen Generation wollen sich die Unternehmer im Gespräch aber ausdrücklich nicht einlassen. Die Gesellschaft verändere sich, sagt Patrick Jacob, „wir brauchen andere Angebote“. Gleichzeitig fordert er auch eine weltoffene Debatte über Zuwanderung: „Wir brauchen nicht nur Software-Experten, wir brauchen auch Schweißer, sonst können wir nicht produzieren.“

Kritisch gehen die vier Unternehmer mit der aktuellen politischen Entwicklung ins Gericht. Zu wenig Planungssicherheit, zu viel Bürokratie, steigende Zinsen – „die nächsten zwei Jahre werden sehr herausfordernd“, sagt Patrick Jacob. Und Henrik Follmann macht die Probleme an einem konkreten Beispiel fest: der neuen europäischen Chemierichtlinie: „Die hat jetzt schon 25.000 Seiten und ist noch nicht fertig.“

Der Autor ist erreichbar unter (05 71) 882-166 oder Henning.Wandel@MT.de